

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

4.8.1925 (No. 178)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. A. Seyfried
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 8.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über unrichtige Berechnung, und Kontostundenverfall der Abatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Staatssekretär Hintze über den Zusammenbruch 1918

Ludendorffs Schuld

Wir haben die Kritik des bedeutenden Kriegshistorikers Dr. Hans Delbrück veröffentlicht, die auf dem Wert des Untersuchungsausschusses über die Ursachen der Katastrophe von 1918 aufgebaut ist. Die nachfolgende Veröffentlichung enthält die Zeugenaussage des Staatssekretärs a. D. von Hintze, der in den kritischen Monaten Juli bis Oktober das Auswärtige Amt geleitet hat. Sie bildet zu Delbrücks Kritik eine bewußtame Ergänzung.

Der Kronrat war für 10 Uhr a. m. des 14. August 1918 im Generalsstabgebäude angesetzt. Ich suchte den Reichskanzler vorher in der großen Halle dieses Gebäudes auf, trug erneut meine hoffnungsvollen, der Auffassung der O. H. L. widersprechende Beurteilung der Kriegslage vor, bat ihn um Unterstützung meines Verlangens nach Ermächtigung zu Friedensaktionen und meldete ihm, daß ich meine Entlassung zu erwarten habe, falls die Verhandlungen nicht zu einer Ermächtigung nicht herbeiführen. Die Antwort des Reichskanzlers ist mir wirklich im Gedächtnis geblieben: „Über dann lassen Sie mich alten Mann doch lieber gehen!“

Der Kronrat war von S. M. dem Kaiser berufen worden, um eine ungehinderte Bilanz des Krieges zu ziehen. Von dieser Bestimmung des Kronrats waren Reichskanzler, O. H. L. und ich unterrichtet worden. Das Protokoll ist in dem amtlichen Weisbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ veröffentlicht worden. Ich habe es selbst während der Sitzung geführt (nicht ist es, wie General Ludendorff schreibt, wie alle Protokolle“, nachträglich aufgestellt worden), und es am 15. August 1918 mit Regationssekretär v. Vietinghoff persönlich zum General Ludendorff und Generalfeldmarschall gebracht. Beide haben es unterzeichnet anerkannt; Datum: 14. 8. Die Erinnerung muß bei allen Stellen frisch gewesen sein. Das Programm war: eine ungehinderte Bilanz des Krieges zu ziehen.

Die Reihenfolge der Redner ergab sich aus den Messforts. S. M. erteilte das Wort zunächst dem Reichskanzler, dann O. H. L., dann mir.

Der Reichskanzler legte die innere Lage dar: siehe Protokoll im Weisbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ Nr. 1. Für die O. H. L. sprach General Ludendorff. — Siehe das selbe Protokoll. In meinen während des Kronrats gemachten Aufzeichnungen finde ich folgende Bemerkte über seine Rede:

- 1. Viduowsky: Juchthaus.
2. Stellvertretende Kommandierende Generale und Kriegsmilitärminister müssen bessere Ordnung halten im Inlande. Generäle sollen neue Order erhalten. Zivilbehörden sollen mitwirken an Aufrechterhaltung der Staatsgewalt.
3. Erfolg: Ausstammung, mehr Heranziehung des noch freien jungen Judentums.
Über die Kriegslage: Kein Wort.
Ich hatte das nach der Erfahrung der Vorbefprechung vom 13. befürchtet. Da die zuständige militärische Stelle über die Kriegslage schwieg, die Kriegslage aber grundlegend für meinen geplanten Antrag war, so brachte ich vor, was mir General Ludendorff (tags zuvor) darüber gesagt hatte. Ich zog daraus ausdrücklich den Schluss, daß wir militärisch außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher erzwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen.
Generalfeldmarschall v. Hindenburg trat dem entgegen mit Ausführungen, die ich in dem Entwurf des Protokolls zusammengefaßt habe, in den Satz: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg hofft, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich dem Feind unseren Willen aufzuzwingen.“
General Ludendorff hat laut eigenem Zugeständnis, diese Haltung wie folgt geändert: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feind unseren Willen aufzuzwingen.“ Hier ist die positive Zusage ausgesprochen, die die O. H. L. auch in der Vorbefprechung betonte hat.
Es ist nicht erfindlich, warum die O. H. L. am 14. August Kronrat sich nicht spontan über die Kriegslage ausgesprochen hat. Das bekanntgegebene Programm lautete doch: „Eine ungehinderte Bilanz des Krieges zu ziehen!“ Dazu gehörte doch unbestreitbar vor allen Dingen in einem Kronrat, daß die militärische Stelle die Kriegslage schilderte! Das geschah nicht.
Nach am Tage des Kronrats habe ich selbständig, trotz Generals Ludendorffs Weigerung, in Bezug auf das belgische Problem von der Vereinbarung vom 3. Juli 1918 abweichende Zugeständnisse zu machen, einem Unterhändler folgende Direktiven gegeben:
Zustand (gag) soll bedeuten ein Pfand gegenüber Entente und Amerika. Es sei Belgiens Sache, seine Alliierten dahin zu bringen, daß sie die Kolonien herausgeben. Belgien gegenüber hätten wir ein Zustupfand nicht nötig — und als der Unterhändler mitteilte: Belgien fürchte, daß Deutschland wie bei Rußland im Laufe der Verhandlungen mit Forderungen käme, die für Belgien nicht annehmbar wären, insbesondere wirtschaftlichen, habe ich ihn darüber beruhigt. Die von Belgien geäußerten Wünsche: Garantie voller Selbständigkeit und Unverletzlichkeit seines Gebietes, Anerkennung voller wirtschaftlicher Freiheit, habe ich für besprechbar erklärt. Ueber einen weiteren belgischen Wunsch: Deutschland möge sich an der Gutmachung der Belgien durch den Krieg verursachten Schäden beteiligen — habe ich Befragung des zuständigen Reichsamts (Reichsfinanzamt) angeordnet. Endlich

habe ich gesagt: „Belgisches Problem, dieses und anderes; alles distabel und offen.“
Am 15. August, einen Tag nach dem Kronrat, gab ich folgendes als meine Richtlinien bezüglich Belgiens aus zur Übermittlung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach Washington: „Keine Annexion, kein Kasernen- oder ähnliches Abhängigkeitsverhältnis, gute wirtschaftliche Beziehungen, Garantien für politische und militärische Unabhängigkeit auch von unserer Seite.“

Am 19. August 1918 ging ich General Ludendorff erneut wegen Belgiens an. Am 21. August 1918 antwortete General Ludendorff in dem Sinne, daß er sich mit der Wiederherstellung des status quo ante (Belgiens) nicht einverstanden erklärt haben könnte.

Das war gerade das punctum saliens: der status quo ante. Am 19. August war ich nach Rücksprache mit dem Generalgouverneur von Belgien in Brüssel, wieder in Berlin zurück und berietete dem Reichskanzler v. Pappe über die Ereignisse vom 11. bis 18. August; auch daß ich die Bedingungen der O. H. L. für Herausgabe Belgiens mit dem Zustandekommen eines Friedens für unvereinbar hielt. Als erste Voraussetzung für Einleitung von Friedensschritten betrachtete Herr v. Pappe und ich die bestimmte Erklärung, daß Deutschland auf Belgien völlig verzichtet und es vorbehaltslos herauszugeben werde.

Es bot sich eine günstige Gelegenheit für Übermittlung von Nachrichten nach Washington. Ich wartete die in Aussicht gestellte Stellungnahme des Generals Ludendorff nicht ab, sondern drückte selbständig am 28. August 1918 zur Übermittlung nach Washington: „Mit Formel status quo ante einverstanden.“

Die Reichsregierung hat nach dem ersten Versuch im Kronrat vom 14. August zweimal versucht, die O. H. L. zu einer klaren Aussage über die Kriegslage zu bringen, eine Bilanz des Krieges zu ziehen. Am 3. September 1918 verlangte der Reichskanzler schriftlich Auskunft, wie E. G. (d. i. der Generalfeldmarschall) die augenblickliche Kriegslage und unsere militärischen Aussichten für die nächste Zukunft ansehen! Am 27. September 1918 — zwei Tage vor dem 29. September — ist auf diesem Schreiben der Botschaft gemacht worden: „Die Angelegenheit wird durch persönliche Aussprache erledigt.“ Ja, sie wurde erledigt, am 29. September, mit der Forderung: sofortiger Waffenstillstand; aber 28 Tage lang hatte die O. H. L. die Frage unbeantwortet gelassen.

Meine Auffassung, daß wir militärisch einer Niederlage entgegengingen, daß unsere Verbündeten erschöpft und unsicher wären, hatte ich im Kronrat vom 14. August dargelegt. O. H. L. hatte widersprochen. Gleichwohl habe ich dem Reichskanzler wiederholt dieselbe Auffassung — mit fortschreitender Zeit und zunehmender Stärke — berichtet und Vorschläge gemacht, wie der beim Umschlagen von Siegeszuversicht zu offener Niederlage zu erwartenden Erschütterung von Volk und Meer zu begegnen wäre. So z. B. habe ich vorgeschlagen, die Verantwortung für die Regierung auf breitere Basis zu stellen und das Interesse an der Politik der Regierung zu vergrößern durch Beteiligung von linksparlamentarischen Politikern an der Regierung. — Bei einem solchen Vorschlag erwiderete mir der Reichskanzler: „Wollen Sie etwa Sozialdemokraten in ihrem Ministerium aufnehmen?“ Ich antwortete: „Mit Vergnügen würde ich einen sozialdemokratischen Unterstaatssekretär anstellen.“ Ich war überzeugt, daß die Linkspartei aus der bequemen reinen Opposition herausgeholt, bald die Notwendigkeiten — die dira necessitas, die alle Regierungen zwingt, erkennen und anerkennen würden.

Zwischen dem 22. und 27. September 1918 kam ich zu den Auffassung: eine militärische Katastrophe steht unmittelbar bevor, auf Grund von Nachrichten aus der Armeekorps, nicht von der O. H. L. Ich habe dem Reichskanzler darüber Meldung gemacht, er wollte nicht recht daran glauben und nannte mich einen Besessenen, er hatte nur zufällige Berichte von der Armeekorps. Doch bei Befragung der Lage im Auswärtigen Amt kamen mir zu der Ansicht, daß wir uns auf eine Katastrophe vorbereiten hätten; darauf, auf die Wahrscheinlichkeit solcher Katastrophen, gründete sich das Programm, das unter dem Datum 28. September 1918 im Weisbuch, „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ veröffentlicht worden ist. Ich berichtete dem Reichskanzler am 28. September nachmittags erneut über meine Befürchtungen und schlug vor, mit der O. H. L. persönlich in Verbindung zu treten. Der Reichskanzler lehnte ab; am 28. September, morgens, meldete ich dem Reichskanzler, daß ich nach Spaa reisen würde, um von der O. H. L. eine unweidenartige Erklärung über den Stand des Krieges zu erwirken und die etwa danach nötig werdenden Maßnahmen vorzuschlagen. Inzwischen habe ich gelesen, daß General Ludendorff jähret, die Männer, die den 29. September gemacht hätten, müßten vom deutschen Volke ebenso verantwortlich gemacht werden, wie die, die den 9. November gemacht hätten.

Sonntag, 29. September, 10 Uhr vormittags, empfing mich der Generalfeldmarschall in Gegenwart des Generals Ludendorff und des Obersten Deye im Generalsstabgebäude zu Spaa.
General Ludendorff verwarf die Diktatur. Sie wäre ausgemacht, die Lage der Armeekorps verlangte vielmehr einen sofortigen Waffenstillstand.
Der Generalfeldmarschall und General Ludendorff billigten die Revolution von oben. Beide billigten auch das Protokoll der Einladung zu Friedensverhandlungen über den Präsidenten Wilson. Der Generalfeldmarschall machte die Annexion von Brien und Longwy zur Bedingung, doch General Ludendorff meinte: das wäre nicht mehr an der Zeit.
General Ludendorff sprach wie ein Mann, der sich zu einer schweren Erkenntnis durchgerungen hat und bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen. Ich bin darauf gefragt, gefragt zu werden: „Warum hast du in diesem Augenblick General

Ludendorff — die O. H. L. überhaupt — nicht gefragt, weshalb sie die Reichsregierung trotz ihrer förmlichen Fragen vom 14. August, 3. September und 10. September 1918 über die militärische Lage im Unklaren gelassen habe? Ist der Fragesteller je in Fragen gewesen, wo es galt, zu handeln? — nicht; zu fragen? Ja, bin das für das Leben eines Individuums häufig — zu häufig vielleicht — gewesen. Vor mir saßen die beiden Feldherren, die Deutschlands Schwert ruhm- und ehrenvoll geführt hatten. Sie erklärten in diesem Augenblick dem Sinne nach: Alles ist verloren, außer der Ehre! — und Mette, was zu retten ist! Das ist nicht die Zeit zu Reklamationen, das ist die Zeit zum Handeln. „Jede Stunde Verzuges bedeutet Gefahr!“ So sagte auch Oberst Deye zu mir, bevor wir drei zu S. M. gingen, und erzählte, daß in den letzten Tagen General Ludendorff fast allabendlich ihm zugerufen hätte: „Deye, jetzt sind sie durch!“

Deutscher Reichstag

Der Reichstag hat am Montag die sog. Verkehrssteuern in zweiter Lesung im Reichstag erledigt. Sämtliche Anträge der Opposition wurden abgelehnt, ebenso die Anträge auf weitere Herabsetzung der Umsatzsteuer und der sogenannten Zusatzsteuer. Es bleibt bei 1% Prozent Steuerfuß. Neuerlich stattgefundene Verhandlungen der Regierungsparteien beschäftigten sich mit den Wünschen der christlichen Gewerkschaften, die Umsatzsteuer für Lebensmittel herabzusetzen bzw. gänzlich aufzuheben, da sonst die Zollvorlage für sie nicht tragbar sei. Der Berliner „Vollanzeiger“ wußte am Montag abend zu berichten, daß zwischen dem Reichskanzler und den hinter ihm stehenden Regierungsparteien eine Einigung über die Frage der Herabsetzung der Umsatzsteuer erzielt worden sei. Später wurde gemeldet, daß ein Kompromiß zwar noch nicht erzielt, jedoch bis zur dritten Lesung der Steuervorlage sich eine Lösung werde finden lassen. Es begann sodann die Generaldebatte der Besatzungswirtschaft über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Am Schluß der Sitzung wurden, wie zu erwarten, die Einsprüche der beiden für 20 Sitzungstage ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten Hölein und Jadaich in einfacher Abstimmung verworfen.

Der Ältestenrat, der am Montag verhandelte, wurde sich noch nicht über den Beginn der Sommerferien einig. Von rechtsstehender Seite wird mitgeteilt, in den ausgeschlaggebenen Parteien werde mit ziemlicher Gewißheit angenommen, daß die Steuererlasse und die Zollvorlage bis zum Montag abend, evtl. unter Zuhilfenahme des Sonntags für eine Plenarsitzung, verabschiedet werden können. Die Erledigung des Etats und der Amnestievorschläge bleibe dabei zurzeit noch ungewiß.

Es tritt auch der Gedanke wieder in den Vordergrund, bei der Zolltarifnovelle ein abgekürztes Verfahren anzuwenden, d. h. das ganze Gesetz als Anlage zu einem einzigen Ermächtigungsparagrafen zu beraten und so die Diskussion über die Details auszuschließen. Am 11. August, Dienstag nächster Woche, findet im Reichstag die offizielle Verfassungsfeier der Regierung unter Teilnahme des Reichspräsidenten und des ganzen Kabinetts statt. Wenn bis dahin der Reichstag noch nicht in die Ferien gegangen ist, so müssen sich auch die Deutschnationalen offiziell beteiligen.

WV Berlin, 3 August.

Bei Eröffnung der Sitzung macht Präsident Loebe die übliche Mitteilung von den Urlaubsgelassen der Mitglieder. Es haben diesmal 14 Abgeordnete längeren Urlaub, meist wegen Krankheit, erblen.

Die zweite Beratung des Verkehrssteuergesetzes

wird fortgesetzt.
Abg. Neubauer (N) wendet sich gegen die Senkung der Sätze der Kapitalverkehrssteuer und verlangt dafür die vollständige Aufhebung der Umsatzsteuer.
Abg. Dr. Fischer (D) beantragt eine weitere Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer und Erleichterungen für solche Organisationen, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege dienen.

Staatssekretär Dr. Bausil sagt die Erfüllung verschiedener Wünsche des Abg. Fischer auf dem Verwaltungswege zu.
Abg. Reine (S) bezeichnet den in der Vorlage vorgesehenen Abbau der Umsatzsteuer als durchaus ungenügend.

Abg. Weidau (D) empfiehlt einen Antrag der Demokraten, wonach die freien Verufe von der Umsatzsteuer befreit werden sollen. Außerdem will der demokratische Antrag die Handelsvertreter umsatzsteuerfrei machen.

Staatssekretär Bausil wendet sich gegen das Verlangen nach Befreiung der Handelsagenten von der Umsatzsteuer.
Abg. Kirshmann (S) tritt für die Befreiung der Handelsvertreter ein.

Abg. Dr. Fischer-Köln (D) weist darauf hin, daß der unter dem Finanzminister Hermes gestellte Antrag der Befreiung des Handelsvertreter seinerzeit auch vom Zentrum und der deutschen Volkspartei unterschrieben war. Der verstorbenen deutschen nationale Abg. Helfferich habe mit ganz besonderem Eifer diese Forderung vertreten. Der Redner tritt weiter für die Aufhebung der Luxussteuer ein. Die Umsatzsteuer müsse stärker herabgesetzt werden.

Staatssekretär Popitz: Für unser ganzes Steuerwerk müsse der Grundsatz gelten, daß wir uns allein nicht richten können nach der gegenwärtigen Finanzlage, sondern daß wir Vorsorge treffen müssen für die kommenden schweren Jahre, die uns große Verpflichtungen auferlegen. Wir müssen auch an die Bedürfnisse der Länder denken.

Abg. Dr. Braun (S) bezeichnet die Umsatzsteuer als eine der ungerechtesten Steuern. Wenn sie aber bestehen bleibt, dann sei auch die höhere Besteuerung der Luxuswaren berechtigt. Abg. Neubauer (K) bezweifelt, daß die viel zu geringe Herabsetzung der Umsatzsteuer überhaupt zu einer Senkung der Preise führen werde. Die Umsatzsteuer müsse vollständig beseitigt werden.

Abg. Gönne (K) beantragt die Befreiung der Konsumverehrung von der Umsatzsteuer.

Abg. Penning (Völk.) verlangt die Aufhebung der Umsatzsteuer.

Damit ist die Besprechung der Umsatzsteuer beendet.

Die Abstimmungen werden, da das Haus sehr schwach besucht ist, auf später verschoben.

Zur Besprechung kommt hierauf die Bestimmung über das Verfahren. Abg. Dr. Feyer fordert die Nennung der Namen derjenigen, die wegen Steuerfälschung und Aufforderung zur Steuerfälschung verurteilt worden sind. Die vom Staatssekretär gegebene Begründung für die schonende Verschweigung der Namen sei nicht stichhaltig. Es handelt sich doch um Persönlichkeiten, die immer noch im öffentlichen Leben eine Rolle spielen und ihr staatsgefährliches Treiben vielleicht noch fortsetzen.

Abg. Dr. Gers (S) begründet die sozialdemokratischen Anträge auf Offenlegung der Steuerlisten und die Einführung weiterer Sicherheitsmaßnahmen für die jährliche Veranlagung. Ein Fortschritt sei schon die vom Ausschuss beschlossene obligatorische Prüfung, die in den Betrieben alle drei Jahre stattfinden soll. Diese Prüfung sollte weiter ausgebaut werden.

Der Redner wendet sich dann scharf gegen die Namensverschweigung der Verurteilten, die zur Steuerfälschung aufgefordert haben. Die Sozialdemokraten würden bei der dritten Befragung in einer Entschiedenheit die Namensnennung verlangen.

Staatssekretär Dr. Popitz erwidert, die Namen der Verurteilten seien schon durch die Presse gegangen. Hier, wo über das zweidmähigste Verfahren beraten werden sollte, habe die Namensnennung gar keinen Zweck.

Abg. Neubauer (K) und Dr. Kersch (K) verlangen die Offenlegung der Steuerlisten, einen Aufbau der Buchprüfung und wesentlich schärfere Strafen für Steuerhinterziehung und Kapitalflucht.

Es folgen nun die zurückgestellten Abstimmungen.

Die Kapitalverkehrssteuer wird in der Ausschussfassung nach Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Zur Grundverkehrssteuer wird einstimmig ein Antrag Behrens (DKP) und Genossen angenommen, der den Grunderwerb durch Anstalten, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege dienen, von der Steuerpflicht befreit. Im übrigen wird die Vorlage nach der Ausschussfassung angenommen.

Bei der Umsatzsteuer wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Steuerbefreiung der Handelsvertreter in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 152 Stimmen der Linken abgelehnt.

Der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag auf Befreiung aller Lebensmittel von der Umsatzsteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 131 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der demokratische Antrag auf Steuerbefreiung für die freien Berufe. Die Steuerbefreiung der Konsumgenossenschaften wird in namentlicher Abstimmung mit 233 gegen 124 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zur Luxussteuer wird mit den Stimmen der Regierungsparteien der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß hochwertige Qualitätsarbeit geschont werden soll. Die Aufhebung der Luxussteuer wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Demokraten abgelehnt. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent wird mit 205 gegen 152 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Völkischen abgelehnt. Es bleibt bei 1/2 Prozent für die allgemeine Umsatzsteuer und 7/8 Prozent für die Luxussteuer.

Die Ausschussbeschlüsse zur Umsatzsteuer werden angenommen, darunter auch die vom Ausschuss beschlossene Bestimmung, daß Länder und Gemeinden keine Beherbergungssteuer mehr erheben dürfen.

Die Wechselsteuer wird unverändert angenommen.

Bei den Bestimmungen über das Verfahren wird der sozialdemokratische Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Dann wird in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 36 Stimmen der demokratische Antrag angenommen, der den Veranlagungsausschüssen bei den Finanzämtern die Einsichtnahme in das Veranlagungsergebnis gewährleistet. Im übrigen werden die Bestimmungen über das Verfahren nach den Ausschussbeschlüssen angenommen, ebenso die Bestimmungen über Kapital- und Steuerflucht (Aufhebung der Kapitalfluchtverordnung) und die Übergangs- und Schlussvorschriften, nach denen das Verkehrssteuergesetz am 1. September 1925 in Kraft tritt.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Zur Beratung kommt zuerst die Biersteuer.

Abg. Stemon (S) bekämpft die Steuererhöhung als eine durch die Finanzlage des Reiches nicht gebotene Schädigung der Wirtschaft und der Verbraucher. Die Vertreter der bayerischen Volkspartei und die der bayerischen Regierung sollten doch einmal erklären, warum sie hier im Reichstag ganz anders auftreten als in Bayern.

Abg. Buchmann (K.) lehnt gleichfalls unter heftigen Angriffen gegen die bayerische Volkspartei die Biersteuererhöhung ab.

Abg. Dr. Fischer-Köln (D.) hebt hervor, daß vom Finanzministerium in Steuerausgleich die Auffassung mit allem Nachdruck vertreten worden sei, daß die Regierung absolut nicht die 100 Millionen Mark entbehren könne, die die Bier- und Tabaksteuer rechtmäßig erbringen soll. Nun liegt ein neuer Kompromißantrag vor, der nicht nur eine weitere Ermäßigung der Biersteuererhöhung bringt, sondern die ganze Biersteuernovelle überhaupt erst am 1. April 1926 in Kraft setzen will. Welches ist nun der neue Standpunkt der Regierung? Die Demokraten müssen die vorliegende Novelle ablehnen.

Vizepräsident Bell teilt dem Hause mit, daß von den Völkischen ein Antrag auf namentliche Abstimmung über deren Antrag auf Ablehnung der Biersteuer eingebracht worden sei.

Abg. Penning (Völk.) kritisiert die Haltung der Regierung, die dem Willen der Regierungsparteien ein „unannehmbar“ nach dem anderen gepuffert habe, ohne darauf die angebotenen Konsequenzen zu ziehen. Bei einer solchen Haltung könne die Regierung nicht mehr erwarten, daß man ihr „unmöglich“ ernst nimmt. Die Bier- und Tabaksteuer sei absolut unsozial und die Völkischen würden die Vorlage daher ablehnen. Der Redner begründet noch eine Entschliebung seiner Partei, durch die die Regierung erzwungen wird, die Einfuhr von bismarck Bier

aus der Tschechoslowakei überhaupt zu verbieten, da die bismarck Bierbrauereien 4. Mark vom Erlös jedes verlaufenden Hektoliters Bier für Bekämpfung des Deutschtums abgaben. (Hört, hört!)

Damit schließt die Generaldebatte über die Biersteuererhöhung. Die Abstimmungen zu dieser Novelle werden zurückgestellt.

Das Haus wendet sich dann der Besprechung des Art. 2 der Novelle zu, der

#### die Erhöhung der Tabaksteuer

vorsieht.

Abg. Meier-Baden (Soz.) bekämpft die auf Grund der Anträge der Kompromißparteien zustande gekommene Ausschussfassung und wendet sich namentlich gegen die neu eingeführte Materialsteuer. Diese würde das Verschwinden der billigen Zigarettenforten von 8 und 4 Pf. zur Folge haben.

Abg. Dwendt (K.) glaubt, daß durch Annahme der Ausschussvorlage die Tabakpreise durchschnittlich um 40 Prozent steigen würden. Das sei eine unerhörte Ausrauberei.

Abg. Büll (D.) wünscht sachliche Gründe für die von der Regierung behauptete Notwendigkeit der Tabaksteuererhöhung. Während die Parteien der Rechten das Damesabkommen für vollkommen undurchführbar erklärten, würden sie jetzt durch neue Verbrauchssteuern des Reiches über die Verpflichtungen des Damesabkommens hinaus 150 bis 200 Millionen an das Ausland zahlen, nach dem „Wohlstandsindex“, ein Wort, das angesichts der Lage der deutschen Verbraucherschaft und der deutschen Wirtschaft wie Hohn klingt. Die Regierungsparteien haben sich dem unerhörten Druck des Reichsfinanzministeriums gefügt. Der Minister hat den Abgeordneten gesagt: Wenn Sie nicht zustimmen, dann lege ich morgen mein Amt nieder. Wollen Sie denn, daß morgen ein sozialdemokratisches Ministerium regiert? (Hört, hört! links.)

Abg. Penning (Völk.) hält einen Schutz Zoll für den heimischen Tabak für notwendig, der mindestens 120 Mark betragen müsse. Wenn man den inländischen Tabakbau fördern wolle, dann dürfe man ihn nicht durch innere Steuern verteuern.

Nach 9 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 11 Uhr vormittags, vertagt.

Geschäftsordnungsgemäß wird dann ohne Aussprache über die inzwischen eingegangene

#### Beschwerde der Abg. Jadasch und Höllein (K.)

gegen ihren Ausschluß entschieden. Die Beschwerde des Abg. Höllein (K.) wird gegen die Stimmen der Kommunisten, die des Abg. Jadasch (K.) gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

Abg. Stöder (K.) beantragt, auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung den Mißtrauensantrag seiner Fraktion zu setzen.

Das wird abgelehnt, nachdem Präsident Loebe mitgeteilt hat, daß dieser Antrag zunächst den Geschäftsordnungsausschuss beschäftigen werde.

### Politische Neuigkeiten

#### Ein Zentrumsmittler für das besetzte Gebiet?

Es wird jetzt angeordnet, daß der rechtsstehende Zentrumsführer, Abg. von Guérard, demnächst zum Reichsmittler für die besetzten Gebiete ernannt werden soll. Bis her war das Zentrum bloß durch einen Vertrauensmann, den wiederholt nur als „Beobachter“ bezeichneten Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Reichskabinett vertreten. Der Eintritt des Geheimrats Guérard dürfte als entscheidender Schritt zur Regierungskoalition aufgefaßt werden.

Der „Bad. Beobachter“ schreibt dazu, daß seines Wissens die Zentrumsfraktion des Reichstags in dieser Frage noch keine Stellung genommen habe, was doch unbedingt erforderlich wäre, da die Entsendung eines weiteren Vertrauensmannes der Partei in das Kabinett Luther von entscheidender politischer Bedeutung für die Stellung der Partei gegenüber dem Kabinett ist. Es ist möglich, daß die Frage der Befreiung des erwähnten Ministeriums, worüber zwischen dem Reichszentrum Luther und der Reichsleitung der Partei offenbar verhandelt wird, in dem Fraktionsvorstande erörtert wurde. Die Fraktion selbst hat sich bisher noch nicht damit befaßt, deshalb sei auch nicht anzunehmen, daß die Ernennung des neuen Ministers so unmittelbar bevorstehe.

#### Der sächsische Finanzminister zum Finanzausgleich

Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold nimmt in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ zu dem vom Reich geplanten Finanzausgleich Stellung. Nachdem er sich gegen den etwaigen Verdacht der Kleinhafterei verwahrt hat, führt der Minister u. a. aus:

„Das was das Reich jetzt vor hat und unter dem Druck der großen Wirtschaftsverbände auf die Regierungsparteien im Reichstage durchsetzen will, bedeutet nach der einmütigen Auffassung der Länder eine so einseitige Veränderung der bisherigen Steuerverteilung zu Gunsten des Reiches, daß die Länder, wenn sie in Zukunft auch nur im allerbescheidensten Maße ihre Verpflichtungen insbesondere auf sozialem und kulturellem Gebiet weiter erfüllen wollen, ihre Realsteuern, deren Abbau im Sinne der Verbilligung der Produktion aufs dringendste zu wünschen ist, noch weiter ausbauen müssen. Die großen Wirtschaftsverbände, welche die öffentliche Meinung im Sinne der Vorlage der Reichsregierung zu beeinflussen suchen, sind deshalb vollständig im Irrtum, wenn sie von der Durchsetzung des Finanzausgleichs in der vorliegenden Form eine Ermäßigung der Steuerlast erwarten. Gerade das Gegenteil wird eintreten und zwar werden statt der wirtschaftlich mit vollem Recht zu fordernden Senkung der produktionsverleuernden Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuer, hier an der allerhöchsten Stelle der Wirtschaft neue Lasten aufgebürdet werden, die ein gerechter und wirtschaftspolitisch richtiger Finanzausgleich vermeiden würde. Denn es steht nun einmal so, daß den Ländern zur Balancierung ihres Etats nur noch die Ausschöpfung der Realsteuer bleibt, das heißt die rohste und wirtschaftsfeindlichste Steuerform, die es überhaupt gibt. Ganz anders liegen die Dinge beim Reich. Zur Balancierung des Reichsetats sind noch Reserven vorhanden, deren Heranziehung eine zwingende Notwendigkeit ist, ehe man an die produktionsverleuernden Steuern herangeht. Es sei hier nur an das Branntweinmonopol erinnert, das — die außerordentlich unerfreulichen Gründe dieser Lasten sollen hier unerörtert bleiben — nach dem Etat der Reichskasse nur 140 Millionen bringt, während allein aus der Zigarette eine halbe Milliarde herausgewirtschaftet werden soll, also ein flüchtiges Fiasko der Monopolverwaltung, zumal wenn man bedenkt, daß allein die frühere Branntweinsteuer 1913 134 Millionen eingebracht hat, also fast die Hälfte der Summe, die Länder und Gemeinden im Jahre 1924 insgesamt als Gewerbesteuer erhoben. Man schaffe erst einmal bei der Monopolverwaltung Ordnung, ehe man Ländern und Gemeinden ihre Einkommensteuer verfürzt und sie dadurch zwingt, ihre Gewerbesteuer zu erhöhen.“

Dr. Reinhold weist dann den Vorwurf mangelnder Sparfamkeit in den Ländern und Gemeinden zurück und legt dar, daß deren Ausgaben zwangsläufig gestiegen seien. Die durch den geplanten Finanzausgleich herbeigeführten Fehlbeträge — für Sachsen 40 Millionen — würden auch durch die rigoroösesten Sparvorrichtungen nicht beseitigt werden.

### Die Unterbringung der aus Polen ausgewiesenen Deutschen

Der preussische Minister des Innern, Severing, gab nach seiner Rückkehr nach Berlin aus dem Lager Schneidemühl bekannt, daß alles daran gesetzt werden müsse, um einmal den Abtransport eines erheblichen Teiles der Opanten in die einzelnen preussischen Regierungsbezirke stark zu beschleunigen, so daß auch für die im Lager Zurückgebliebenen weitgehende Erleichterungen zu schaffen. Die preussischen Regierungspräsidenten wurden angewiesen, sofort alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die ihnen zugewiesene Zahl von Opanten in ihren Regierungsbezirken bezüglich Unterbringung und sie mit Wohnungen zu versorgen. Vorräufiglich werden auf diese Weise noch in dieser Woche 1500 bis 2000 Opanten auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt, so daß eine erhebliche Entlastung des Lagers Schneidemühl eintritt. Im ganzen wurden bis jetzt schon Opanten mit einem Familienstand von 5000 Köpfen beruflich untergebracht. Für die vorläufig im Lager Zurückgebliebenen sind zahlreiche Maßnahmen vorgesehen, die der Verpflegung, der Unterkunft, der Unterbringung der Kranken und Kinder, der Unterhaltung, Ablenkung, dem Sport und der Beratung dienen sollen.

Um den Siderheitspakt. — Die französische Antwort. Die „Agentur Sabas“ teilt mit, daß am Montag am Qui d'Oran der Entwurf der Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli fertiggestellt worden ist. Außenminister Briand hat die Absicht, sich am heutigen Dienstag nach London zu begeben, um mit Chamberlain die Antwortnote zu beraten und den englischen und französischen Entwurf eines Siderheitspaktes zu prüfen. Der Meinungsaustausch zwischen Chamberlain und Briand soll nur etwa eine Zeit von 48 Stunden in Anspruch nehmen.

Vorbereitungen mit Abd el Krim. „Times“ berichtet aus Tanger, daß auf der Zusammenkunft zwischen dem Marquis d'Espelle und den Rif-Emirs in Tetuan beide Parteien die Bedingungen mitteilen, unter denen es für möglich gehalten werde, Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die Rif-Abgeordneten wiederholten die Forderung Abd el Krims nach der Unabhängigkeit des Rif-Gebietes, sowie seine Forderung, daß die Verhandlungen in Tanger stattfinden sollen. d'Espelle teilte seinerseits den Rif-Abgeordneten die auf der Madrider Konferenz vereinbarten französisch-spanischen Bedingungen mit. Die Rif-Emirs lehnten am Freitag nach Tanger zurück, und am Sonntag ging ein besonderer Eilbote nach Madrid mit einem Bericht für Abd el Krim ab.

Bevorstehender Kohlenbergarbeiterstreik in Amerika. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, es bestehe wenig Hoffnung, daß der Streik der amerikanischen Kohlenbergarbeiter abgewendet werden könne. Es werde erwartet, daß die Konferenz in Atlantic City heute abgebrochen und der Streikbefehl für den 1. September ausgegeben werde, da dann das augenblickliche Lohnabkommen abläufe. Präsident Coolidge gab zu verstehen, daß er nicht einzugreifen beabsichtige, bis die Bergarbeiter tatsächlich streikten. In diesem Falle würde er ein Schiedsverfahren vorschlagen. Die Bergarbeiter haben diesen Vorschlag jedoch abgelehnt.

Verhinderung in Tibet. „Times“ meldet aus Simla, daß Sensationsberichte, wonach Komplotte in Tibet im Gange seien, übertrieben zu sein scheinen. Die Gefahr eines chinesischen Überfalls, wie er von gewissen Kreisen angefündigt werde, werde von gut unterrichteter Seite nicht ernst genommen. Es scheint ein Komplotte gegen eine Einzelperson stattgefunden zu haben, und gewisse Offiziere seien daher degradiert worden. Der Oberbefehlshaber sei von seinem Posten entbunden worden, bleibe jedoch noch einer der Hauptminister.

### Kurze Nachrichten

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Montag den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und den Reichsminister der Schiele, zum Vortrag über die Ausweisung der deutschen Opanten aus Polen, die Verfolgung der ausgewiesenen und die im Zusammenhang hiermit noch zu treffenden Maßnahmen.

Professor Dr. Plat Fretreuer bei der Verfassungsfeier des Reichstages. Den Plättern zufolge ist zum Redner bei der offiziellen Verfassungsfeier des Reichstages Univeritätsprofessor Dr. Plat aus Bonn bestimmt.

Erneute Frachtermäßigung für die Ruhrkohlen gefordert. Blättermeldungen aus Essen zufolge beabsichtigen sämtliche im Ruhrkohlenbergbau interressierten Verbände, demnächst an das Reichsverkehrsministerium heranzutreten, um eine Herabsetzung der Frachttarife für Kohlen mindestens für die Dauer von 1 bis 2 Monaten zu fordern.

Keine Verlingerung der Besatzungsstruppen. Wie der „Tägliche Rundschau“ mitgeteilt wird, hat der kommunistische General des 33. französischen Armeekorps in Bonn bei der Stadtverwaltung in Trier 116 neue Offizierswohnungen, darunter 4 Villen für Generale, angefordert. Das Blatt befürchtet, daß die Franzosen in Trier diejenigen ihrer Truppen des besetzten Gebietes unterbringen wollen, die frei werden, falls England nach der Räumung des Kölner Brückenkopfes einen anderen Besatzungsabschnitt übernimmt.

Der Kampf der Präsidenten. Nach einer Blättermeldung aus Paris wird demnächst vor dem Gericht in St. Etienne ein Prozeß stattfinden, bei dem die eine Partei von dem früheren Präsidenten der Republik, Millerand, die andere von Poincaré vertreten sein wird.

Eine Volksabstimmung in Südamerika. Wie Sabas aus Santiago de Chile berichtet, ist General Pershing dort eingetroffen. Er werde die Volksabstimmung leiten, die endgültig über die Teilung der Provinzen Tacna und Arica an Chile oder an Peru entscheiden wird.

Zurückgabe von Weihaiwei an China? Im englischen Unterhause kündigte Mac Neill auf eine Anfrage an, die Rückgabe des Weihaiwei an China schwebt noch, da die augenblickliche Lage der Regierung in China noch eine vorläufige sei.

#### Zum 100. Todestag Jean Pauls

Zum Gedenken Jean Pauls, dessen Todestag sich im November zum 100. Mal jährte, fand in Wunsiedel in der Geburtsstadt des Dichters unter zahlreicher Anteilnahme der Bevölkerung und vieler auswärtiger Gäste eine stimmungsvolle Feier vor dem Denkmahl und dem Geburtshaus Jean Pauls statt. In der von Prof. Dr. Bahn-Winchen gehaltenen Festrede wurde die Bildung einer Jean Paul-Gesellschaft Bayreuth angeregt.

# Badischer Teil

## Der Verfassungstag

Ist dem Gedächtnis an jenen denkwürdigen 11. August 1919 gewidmet, an welchem sich das deutsche Volk nach dem turpideren Zusammenbruch eine neue Grundlage seiner äußeren und inneren Freiheit und seiner nationalen Einheit geschaffen hat. Darum mußte dieser Tag zu einem festlichen Gedenktag von besonderem Gepräge werden. Kein Tag lauten Jubels und großen Prunks wäre der tieferen Bedeutung dieser Gedenkfeier angemessen, vielmehr soll der Verfassungstag ein Tag ernster Erinnerung an eine Zeit schwerster Gefährdung der Existenz und Einheit unseres Vaterlandes sein, in der sich das deutsche Volk allen äußeren und inneren Schwierigkeiten zum Trotz in der neuen Verfassung die tragfähige Basis für seinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg geschaffen hat. Er Genugtuung darüber in einem festlichen Gedenktag Ausdruck zu geben und sich zur Weimarer Verfassung als dem Unterpfand unseres Daseins als Volksgemeinschaft und Staat und unserer Freiheit zu bekennen, ist Pflicht nationalen Selbstbewußtseins.

Landauf, landab, wird man darum am 11. August Gelegenheit nehmen, in würdiger Feier die Gedanken hinzulenken auf die Bedeutung des Verfassungswerks von Weimar. In der Landeshauptstadt wird vom Staatsministerium in Verbindung mit der Stadtverwaltung am Abend des 11. August ein Festakt veranstaltet werden, bei welchem Staatspräsident Dr. Hellpach über die Verfassung sprechen wird.

## Badischer Landtag

D. J. Karlsruhe, 4. August.

Unter den Eingängen befindet sich ein Gesekentwurf über die **Vollendung unterer Reichsbahnstrecken.**

Es liegt ein Antrag des Landbundes vor, die Vorlage über die **Redarakanalisierung**

von der Tagesordnung abzulesen mit Rücksicht auf die Verhandlungen im Reichstag.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf Ministerialdirektor Sammet bittet, den Gesekentwurf heute zu verabschieden, da sonst die Einstellung der Kanalisierungsarbeiten drohe.

Mit Ausnahme des Abg. Hüger (Zentr.) sprechen sich alle Redner für die Behandlung der Vorlage aus, angeichts des bestehenden Vertrages. Man komme mit einem blauen Auge davon. Die Stauffufe bei Badenburg müsse im Interesse der Schifffahrt unbedingt ausgebaut werden. Auch wolle man verhindern, daß die Zahl der Erwerbslosen in Mannheim und Heidelberg nicht noch einmal vergrößert werde.

Das Haus lehnt den Landbündelantrag ab, worauf

Abg. Dabermehl (D.N.) über die Vorlage Bericht erstattet. Er weist darauf hin, daß das Redarakanalisierungsprojekt im ungeteilten Beifall gefunden hat, auch in den Kreisen der Regierung nicht. Am dem Vertrag vom 1. Juni 1921 sind bekanntlich das Reich, Württemberg, Baden und Hessen beteiligt. Die badische Regierung hat bei den Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium eine Einschränkung der Verpflichtungen Badens erreicht. Es braucht sich an der Fortführung der Redar-Donau-Wasserstraße oberhalb Heilbronn nicht mehr zu beteiligen. Die Beteiligungsquote hinsichtlich der Bauzuschüsse wurde herabgesetzt und das finanzielle Risiko nach oben hin begrenzt. Es sind dies nicht zu unterschätzende Vorteile. Die Belastung Badens kann in ungünstigen Fällen, die bisherigen und künftig in Betracht kommenden Leistungen zusammengeordnet, den Betrag von 5 383 000 RM. nicht übersteigen.

Gegenwärtige Vorlage sieht u. a. die **Übernahme weiterer Aktien der Redar-WG.** im Nennbetrage von 280 000 RM. und die Gewährung von Darlehen an die Redar-WG. bis zur Höhe von 2 640 000 RM. vor, die sich auf 11 Jahresbeträge von je 240 000 RM. verteilen. Der Berichterstatter stellt fest, daß dem Haushaltsausschuß eine Fülle von Stoff für und Wider vorgelegen habe und die Mehrheit nach gewissenhafter Prüfung zu dem Entschluß gekommen ist, die Vorlage zur Annahme zu empfehlen. Sie bedeutet den Restaus von dem grundlegenden Vertrag von 1921 mit seinen unübersehbaren Auswirkungen auf finanziellem Gebiet. Der Ausschuß stimmte mit 14 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung dem Gesekentwurf zu.

Abg. Freudenberg (Dem.) begründet eine auch von anderen Parteien unterzeichnete **Entschließung** des Inhalts, die badische Regierung wolle sich vor dem Ausbau weiterer noch nicht begonnener Bauarbeiten mit der Reichsregierung ins Benehmen setzen, damit in eine genaue Prüfung der Rentabilität dieser Stauffufen wie des Kanalprojekts überhaupt eingetreten wird. Bei dieser Prüfung dürften lediglich wirtschaftliche Gesichtspunkte den Ausschlag geben. Der Redner vertritt die Auffassung, daß eine ernsthafte Prüfung die Rentabilität nicht erweisen wird. Es gehe aber in unserer wirtschaftlich angeknüpften Zeit nicht an, daß Millionenbeträge in einem Projekt vergraben werden, dessen Unrentabilität mit größter Wahrscheinlichkeit feststeht.

Abg. Dr. Engler (Soz.) bemerkt dem Berichterstatter, daß die württembergischen Industriellen die Triebfeder zum Kanalprojekt waren. Badens Regierung und Landtag seien der Sache immer sehr nüchtern gegenüber gestanden. Man müsse das Werk vom Kanalstandpunkte aus betrachten, nicht von dem der Kraftwerke.

Abg. Hüger (Zentr.) spricht sich zugunsten der Vorlage aus im Hinblick auf gewisse Vorteile für die badische Wirtschaft. Der größte Teil der Fraktion stimme ihr zu, andere würden sich der Stimme enthalten.

Abg. Schneider-Heidelberg (Zentr.) fordert den unbedingten Ausbau der Stauffufe Badenburg, um die Schifffahrt oberhalb Weiblingen in geordnete Verhältnisse zu bringen. Dies sei der Sinn unserer Zustimmung zur Vorlage. Darüber hinaus könne man sich aber auch mit der Entschließung einverstanden erklären.

Abg. Dr. Mattes (D.Vp.) steht auf dem Standpunkt, daß es die derzeitige Finanzlage des Landes nicht gestatte, laufende Mittel für derartige Anlagen zu verwenden. Er werde sich der Abstimmung enthalten.

Abg. Wok (Komm.) stimmt der Vorlage unter dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Notwendigkeit zu. Die jetzige günstige Situation dürfe sich Baden nicht entgegen lassen. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Der Gesekentwurf wird in erster und zweiter Lesung mit 84 gegen 6 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen.

Die **Entschließung Freudenberg** findet gegen Sozialdemokraten und Kommunisten in folgender Fassung Annahme:

„Der Landtag ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß vor dem Ausbau weiterer noch nicht in Angriff genommener Stauffufen, deren Rentabilität sowie die des ganzen Kanalprojekts nochmals auf das genaueste überprüft wird. Der Landtag erwartet, daß bei dieser Prüfung lediglich die wirtschaftlichen Momente den Ausschlag geben, da in einer finanziell so schwierigen Zeit nur dann der Aufwand von weiteren ca. 88 Millionen beantwortet werden kann.“

Darauf setzt das Haus die Beratung des

**Zweiten Nachtrags zum Staatsvoranschlag 1924/25**

fort.

Abg. Dabermehl (D.N.) berichtet über die Anforderungen, die in der Hauptabteilung VI (früheres Arbeitsministerium) unter dem Titel

**Wasser- und Straßenbau**

enthalten sind.

Der Berichterstatter verbreitet sich dabei an der Hand der Regierungsentschließung eingehend über den Zustand unserer Landstraßen und über das Programm der **Straßenverbesserung.** Der Ausschuß empfiehlt die Bewilligung der Positionen und beantragt, die **Petition der Murgtalbewohner** wegen Erlassung eines Spezialgesetzes über die Mithaftung des badischen Staates für etwaige Schäden aus der Schwarzengbach-Talperre der Regierung empfehlend zu überweisen.

Da zur Debatte 8 Redner gemeldet sind, bittet der Präsident, sich möglicher Weise zu befehligen.

Abg. Fischer-Unterlauchingen (Zentr.) vertritt die Straßenvünsche des Oberlandes und klagt über die Inanienhmlichkeiten des Autobverkehrs für das platte Land.

Abg. Martin (Zentr.) erörtert die Frage der Verteilung der Straßenunterhaltungslosten.

Abg. Weisshaupt (Zentr.) erklärt, daß für die Instandsetzung der Landstraßen im Hinblick auf den gewaltig gesteigerten Verkehr keine Summe zu groß sei.

Abg. Reizner (D.Vp.) fordert strengere Bestrafung der Auswüchse des Autobverkehrs.

Abg. Herle Landbund begründet einen Antrag, die Position für Beihilfen an unbemittelte Gemeinden zu den Kosten von Wassererfassungsanlagen von 50 000 RM. auf 150 000 RM. zu erhöhen, da die angeforderten 50 000 RM. bereits vergeben seien.

Abg. Arnold (Soz.) anerkennt, daß die Regierung energisch an die Verbesserung des Landstraßennetzes herantritt. Er begrüßt das auf 10 Jahre verteilte Bauprogramm mit einem Aufwande von rund 65 Millionen. Der Redner befürwortet, in den Ausbau der Straßen auch **Mahlfahrer- und Fußgängerwege** einzubeziehen. Er freizeit die Arbeitsverhältnisse in den Kleinbrüden und Baubetrieben, verwendet sich für die Landstraßenwärter und widerspricht der Auffassung, als ob die Ausgaben der Städte für Straßenherstellung Luxus seien.

Abg. Sad (Zentr.) führt Klage über den schlechten Zustand der Straßen des **Hinterlandes** infolge außerordentlicher starker Inanspruchnahme durch Personen- und Lastautos. Er betont, wie auch der Abg. Herle besonders die Notwendigkeit, die Schiefen der Steige bei Adelsheim umzubauen.

Abg. Hügler (Dem.) stellt fest, daß die Mithaftung in allen Landesteilen die gleichen seien. Darnach müsse sich auch das Tempo in der Abhilfe richten. Die Staudentwässerung sei nachgerade zur Landplage geworden.

Abg. Engelhardt (Zentr.) fordert strikte Innehaltung der Verkehrsverpflichtungen, damit namentlich an den Kurven Zusammenstöße vermieden werden.

Abg. Dürr (Landbund) ist dafür, daß angeichts der oft lebensgefährlichen Verkehrsverhältnisse auf den Landstraßen der Autobverkehr auf eigene Gefahr Straßen abgeleitet wird.

Abg. Gähler (Komm.) unterstützt die verschiedentlich geäußerten Straßenvünsche.

Abg. Hüger (Zentr.) nimmt sich der Interessen der Unterlieger der Schwarzengbach-Talperre an.

Abg. Dr. Engler (Soz.) hält die Befürchtungen der Eingabe für durchaus unbegründet. Man müsse Vertrauen in die Ausführung des Werkes haben. Bei einem Privatunternehmen hätte sich kein Versuch im Sinne der Petenten ausgelassen. Es gelte auch, Weiterungen für andere Kraftwerke zu vermeiden. Deshalb stimme er, der Redner, gegen die empfehlende Überweisung.

Abg. Wok (Komm.) gibt der Meinung Ausdruck, daß es selbstverständliche Pflicht des Staates sei, bei Naturkatastrophen helfend einzugreifen. Deshalb genüge es, wenn die Eingabe von der Regierung zur Kenntnis genommen wird. Der Redner fordert angeichts der Häufigkeit der Unglücksfälle die periodische Untersuchung der Kraftwagen auf ihre Verkehrsfähigkeit.

Präsident Dr. Fuchs von der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues geht auf einzelne Wünsche und Anregungen näher ein. Weit über das Programm hinaus gehend, würde bereits dieses Jahr 200 Kilometer Straßentrecke geteert werden. Der Redner äußerte sich über die Rechtsgrundlage für die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Landstraßenunterhaltung und betont das Vertrauen, die Wassererfassung als Feste fördern zu wollen. Er dankte zum Schluß für die wohlwollende Behandlung dieses Budgets mit dem Hinweis, daß gute Straßen ein Stück Kultur bedeuten.

Präsident Dr. Paul bittet, von einer empfehlenden Überweisung der Petition der Murgtalbewohner Abstand zu nehmen. Es handle sich hier um eine Sache des Vertrauens. Man bedenke die rechtlichen Konsequenzen.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme.

Da noch drei Redner gemeldet sind, wird um 1/2 Uhr die Sitzung abgebrochen.

Der Antrag Dr. Glodner, ferner der Antrag des Landbundes betr. die Wassererfassung und ein in gleicher Sache gestellter Antrag Sad (Zr.) werden nochmals im Haushaltsausschuß behandelt. Auch halten heute nachmittag die Fraktionen Sitzungen ab.

Nächste Plenarsitzung Mittwoch früh 8 Uhr.

## Eingänge

Der **Badische Beamtenbund** wurde wegen der Neugestaltung des Lohnsteuerzuges **wortfölig**, der **Badische Industrie- und Handelsrat** (Eich Mannheim) wegen der **Gebäudesteuer**.

## Der badische Landesauschuß für Lebensübungen und Jugendpflege

wendet sich in einem Aufruf an unsere Jugend sowie an die Frauen- und Männerwelt, indem er auf die großen Gefahren hinweist, die unserer Jugend drohen u. zur Rückkehr zu einer einfachen Lebensart auffordert. Die Lage der Auffassung vom Sittenleben mache sich in Wort, Bild und Beispiel immer mehr breit, und wirke wie ein tödliches Gift auf unsere Jugend ein, der dadurch Tag für Tag der Gedanke des Sittensankens gepredigt werde. Demgegenüber sei es Pflicht, die Öffentlichkeit, gegenüber diesen Gefahren aufzurufen und

Männer Frauen und Jugendliche, jeder an seinem Teil, aufzufordern, von dem Vergnügungsstauel und den alkoholischen Ausschreitungen unserer Tage abzulassen, da sie ein verderbliches Beispiel für die heranwachsende Generation seien. Echtes Fröhlichkeit und frohe Geselligkeit müssen nicht verbunden sein mit Ausschreitungen. Wenn alle der Jugend ein nachahmenswertes Beispiel gäben, würde man wieder eine Jugend heranwachsen sehen, auf die man mit Freude und Stolz blicken könne.

## Die Bezüge der Beamten

Der Badische Beamtenbund teilt uns mit: In der Reichstagsitzung vom Freitag, 31. Juli, wurde der Notetat in dritter Lesung verabschiedet. In dem in der Tagespresse hierüber erschienenen Verhandlungsbericht wird gesagt, daß der Reichsfinanzminister in diesem Gesetz ermächtigt wird, den Beamten einen Zuschlag zum Grundgehalt zu gewähren, der in den Besoldungsgruppen I—VI 12 1/2 Prozent, in den übergeordneten Gruppen 10 Prozent beträgt. Diese ruft sowohl im Publikum wie in der Beamtenschaft den Eindruck hervor, als ob zu den jetzigen Bezügen der Beamten ein Zuschlag bewilligt worden wäre. Das trifft jedoch nicht zu. Durch das Statutgesetz ist der Reichsfinanzminister vielmehr nur ermächtigt worden, den Zuschlag zum Grundgehalt von 12 1/2 resp. 10 Prozent, der durch die im November v. J. erfolgte Regelung der Beamtenegehälter bereits bewilligt und seitdem gezahlt wird, bis zur Geltungsbauer des Statutgesetzes, also bis 30. November 1925, weiter zu zahlen. Die Beamten erhalten also nach diesem Notgesetz keinen Pfennig mehr an Bezügen, wie bisher.

## Der historische Verein für Mittelbaden

hielt in Hornberg seine zehnte ordentliche Hauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ging u. a. hervor, daß der Verein jetzt über 2200 Mitglieder mit 16 Ortsgruppen zählt, denen demnach als 17. die Ortsgruppe Hornberg als jüngste angegliedert wird. In das Tätigkeitsgebiet des Vereins fiel im vergangenen Geschäftsjahr u. a. die Organisation und Durchführung der Renscher historischen Grimmelshausen-Festspiele, die Unterstützung der Ausgrabungsarbeiten bei Ruff, die Beteiligung an der diesjährigen Jubiläumsausstellung in Gengenbach und die Vorbereitung der in diesen Tagen beginnenden Grimmelshausenausstellung in Offenburg. Der Voranschlag für das nächste Jahr sieht wieder erhebliche Ausgaben für die literarisch-historische völk- und heimatliche Tätigkeit des Vereins vor. Eingehend berichtete Prof. Wager-Offenburg über die Bestrebungen zur Schaffung eines Grimmelshausen-Jahrbuches. Nach Vornahme der Wahlen, die im wesentlichen die Wiederwahl der bisher im Vorstand amtierenden Herren ergab, galt der Schluß der Debatte in der Hauptsache der Ausgestaltung der vom Verein herausgegebenen Zeitschrift „Die Ortenau“. Als Ort der nächsten Jahrestagung kommt Trieburg in Betracht.

Der anschließende offizielle Teil brachte verschiedene Begrüßungsansprachen, wobei besonders Bürgermeister Kaufmann die Gäste im Namen der Stadtgemeinde Hornberg herzlich willkommen hieß, und einen sehr instruktiven Vortrag des Oberarchivrates Dr. Wager-Karlsruhe über das Thema: „Hornbergs Übergang an Baden“.

## Aus den Parteien

Am 19. und 20. September findet in Forstheim der Landesparteitag der deutschdemokratischen Partei in Baden statt.

## Gemeinde-Rundschan

**Bürgermeisterwahl** in Holzschlag (Amt Bonndorf). Im zweiten Wahlgang wurde nunmehr Artur Kessler mit 39 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Abgegeben wurden 45 gültige Stimmen, das sind 50% der Wahlberechtigten.

**Die Durlacher Umlage.** Der Bürgerausschuß Durlach hat den Voranschlag verabschiedet und die Umlage vorläufig auf 30 Pf. von 100 M. Grund- und 72 Pf. von 100 M. Betriebsvermögen festgesetzt.

## Aus der Landeshauptstadt

**Billige Ferienreisen nach dem Schwarzwald und Bodensee.** Der Sommerfahrplan hat mit Fortsetzung des beschleunigten Personenzuges Frankfurt-Freiburg bis Basel und mit der Wiedereinführung des beschleunigten Zugpaares über die Schwarzwaldbahn ausgezeichnete und billige Fahrgelegenheiten für Ferienreisen nach dem Schwarzwald und Bodensee geschaffen. Bei Abfahrt in Frankfurt um 6.22 Uhr vormittags, in Darmstadt 6.58, in Mannheim 8.28, in Karlsruhe 9.44 erreicht man in rascher Fahrt zu den billigen Fahrpreisen der 4. Klasse mit günstigen Abfahrts- und Ankunftszeiten alle wichtigeren Plätze im Schwarzwald. Die Ausdehnung des beschleunigten Personenzuges über Freiburg hinaus brachte insbesondere derartige vorteilhafte Verbindungen auch dem bekannten Thermalbad und Luftkurort Badenweiler und den Städten, Kurorten und Sommerfrischen im Wiesental und am Oberrhein. Zum Fahrpreis 4. Klasse, dem der ermäßigte Fahrpreis 3. Klasse der Feriensonderzüge entspricht, kann man jetzt sogar vom Rheinland in einer Tagesfahrt nach dem Schwarzwald gelangen. Dieser Zug verläßt Dortmund 6.55 vorm., Köln 9.44, Mainz 1.54 und erreicht über Ludwigshafen Mannheim 8.38 mit Umsteigen daselbst, Ankunft in Karlsruhe 5.34, Weiterfahrt mit Personenzug 6.22 nach allen Stationen bis Freiburg und über die Schwarzwaldbahn bis Willingen. Ein gleich vorteilhafte Verbindung besteht auch in umgekehrter Richtung Karlsruhe ab 12.00 mittags über Mannheim-Ludwigshafen-Mainz-Köln, Dortmund an 12.22 nachts.

**Wiener Operette im Städtischen Konzerthaus.** Heute Dienstag, 4. August, gelangt der große Ausstattungsschlag „Gräfin Mariza“ in der Originalbesetzung zur ersten Aufführung. Für Mittwoch, 5. August, ist nach eine Wiederholung des reizenden Wiener Singspiels „Das Dreimäderlhaus“ vorgesehen, während Donnerstag, 6. August, das fröhliche Singpiel vom Rhein „Die Frühlingssee“ von Ludwig Spemann-Bodenstedt, Musik von Viktor Corzilius, zur Erstaufführung gelangt. Diese Neuheit wurde überall mit großem Erfolge gespielt. Die Inszenierung besorgt Willi Stadler, die musikalische Leitung liegt in den Händen von Willi Heins. In dem Werke ist das gesamte Personal beschäftigt.

**Wetternachrichtendienst** der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, vom 4. August 1925, vormittags 8 Uhr. Das Hochdruckgebiet, welches uns gestern bei seiner Annäherung aus Westen vorübergehend Aufhellung brachte, liegt heute mit seinem Kern über Ungarn und ist in Auflösung begriffen. Da vom Atlantischen Ozean eine neue Cyclone heranrückt, ist mit erneuter Trübung und Regenfällen zu rechnen. **Voransage für Mittwoch:** Meist bedeckt, mäßig warm, vereinzelte Regenfälle.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

Lgr. Freiburg, 3. Aug. Notar Wilhelm Lange von Freiburg ist in den Alpen abgestürzt und seinen schweren Verletzungen erlegen. Notar Lange, der ein erfahrener Alpinist war, suchte Jahr für Jahr die Freiburger Gänge auf und kannte deren Gebiet durch und durch. Welche Arbeitskraft der Staat an Notar Lange verloren hat, das vermögen nur diejenigen zu beurteilen, denen es vergönnt war, mit ihm oder neben ihm zu arbeiten. Stunden der Erholung fand Notar Lange in der Musik. Er war ein Meister auf seiner Violine. In der Freiburger Musikwelt hatte sein Name einen guten Klang. Das beweist auch der ihm von dem bekannten Professor und Komponisten, Herrn Heinrich Zöllner in Freiburg — einer Autorität auf dem Gebiet des Musikwesens —, in der „Freisgauer Zeitung“ vom 13. Juli d. J. gewidmete Nachruf. Langes Freunde veranstalteten im Trauerhause zum ehrenden Andenken eine musikalische Morgenfeier, wobei Rechtsanwalt Dr. Meßger, der zuvor eine Komposition des Verstorbenen vorgelesen hatte, in schönen Worten der wahren Liebe Langes zur Natur, vor allem aber zu Frau Musik, gedachte. Nahe seinen geliebten Bergen ruht der begehrteste Naturfreund. Auf dem kleinen Bludenz Friedhof, — wie es sein Wunsch war — wurde er in aller Stille beigesetzt.

OB. Vom Schwarzwald, 4. Aug. Nachdem seit gestern das Regenwetter aufgehört hat, ist die befürchtete Hochwasserfahr vermieden, da das Wasser in den vielfach bis zum Rand gefüllten Bächen und Flüssen normal abläuft und zurückgeht.

**Letzte Nachrichten**

**Die Bier- und Tabaksteuer**

WTB. Berlin, 4. Aug. (Tel.) Im Reichstag wurde heute der Antrag der Regierungsparteien, wonach die Biersteuer vom 1. April 1926 ab um rund 33 1/2 Prozent erhöht wird, angenommen, ebenso angenommen wurde der Antrag der Regierungsparteien, auf Erhöhung der Tabaksteuer. Der völkische Antrag, der die Erhöhung der Biersteuer ablehnte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 161 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Alle übrigen Abänderungsanträge wurden gleichfalls abgelehnt.

**Bandel und Wirtschaft**

**Berliner Devisennotierungen**

	4. August		3. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.79	169.21	168.54	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	95.13	96.37	96.63	96.87
Stallen . . . 100 R.	15.34	15.38	15.32	15.36
London . . . 1 Pf.	20.374	20.426	20.374	20.426
Neuhof . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.895	19.935	19.90	19.94
Schweiz . . . 100 Fr.	81.48	81.68	81.47	81.67
Wien 100 Schilling	59.07	59.21	59.067	59.207
Brag . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.43	12.47

Notierung über 100 Prozent

Der Absatz des Deutschen Kaliumnitrates im Juli. Der Absatz des Deutschen Kaliumnitrates G. m. b. H. im Juli 1925 betrug 856 084 Doppelzentner Reinkali gegen 473 978 Doppelzentner Reinkali im Juli 1924. Der Gesamtabsatz der ersten sieben Monate des Jahres 1925 beträgt 8 892 702 Doppelzentner Reinkali gegen 3 748 043 Doppelzentner Reinkali der ersten sieben Monate des Jahres 1924.

**Staatsanzeiger**

**Sammlung des Melanchthon-Vereins hier.**  
Dem Melanchthonverein für Schülerheime in Karlsruhe, Werderstraße 4, wurde auf Grund der Wohlfahrtsverordnung vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 148) und der Badischen Ausführungsverordnung dazu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) die Genehmigung erteilt, für die Unterhaltung und Neuerichtung der Schülerheime des Melanchthonvereins bis zum 1. August 1926 bei den Gliedern der evangelischen Kirche eine Sammlung von Haus zu Haus im Lande Baden zu veranstalten.  
Karlsruhe, den 3. August 1925.  
Der Minister des Innern  
J. A.: Dr. A. Jung.

**Gesuch des Wilhelm Brück in Pforzheim um Zulassung als Buchmacher in Pforzheim.**  
Vom am 5. Oktober 1881 in Mühlheim a. Rh. geborenen, in Pforzheim wohnhaften Kaufmann Wilhelm Brück wurde für die Zeit bis zum 31. Dezember 1925 die Erlaubnis erteilt, innerhalb der Stadt Pforzheim, Bezirksamt Karlsruhe, 44, gewerbsmäßig Betten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuführen oder zu vermitteln.  
Karlsruhe, den 29. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
J. A.: Dr. A. Jung.

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern**

**Ernannt:**  
Rottenmeister Eugen Buchardt in Freiburg zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

**Justizministerium**

**Angelassen:**  
Rechtsanwalt Dr. Oskar Theodor Meßger jun. beim Landgericht Mannheim nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Freiburg.

**Verzichtet:**

Rechtsanwalt Dr. Walter Reiter auf seine Zulassung beim Amtsgericht Baden und Landgericht Karlsruhe.

**Ernannt:**

Kanzleihilfsmittel Johann Stöhr beim Amtsgericht Heidelberg zum Kanzleisekretär.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts**

**Ernannt:**

Zu Professoren: Professor i. e. N. Friedrich Kaufmann an der Aufbau-Realschule in Lahr, der elsfässische Oberlehrer und Lehramtsassessor Dr. Fritz Schöpfer an Gymnasium in Pforzheim, die Lehramtsassessorinnen (innen): Dr. Elise W. Schöffberger an der Fichteschule in Karlsruhe, Dr. Erich Duf. son an Realschule mit O. N. S. in Billingen, Wilhelm Dürr an Realschule mit Realschule in Weinheim, Robert Gasser an der Realschule in Mannheim-Heidenheim, Anton Haas an der Realschule in Eberbach, Felix Schner an der Höheren Bürgerschule in Hornberg, Hermann Krieger an der Realschule in Heilbrunn, August Laub an der Realschule in Oberkirch, Felix Müller an der Realschule in Sinsheim, Paul Raumann an der Höheren Mädchenschule in Pforzheim, Eugen Reumüller an der Bismarckschule in Mannheim, Armin Nachel am Gymnasium in Mastadt, Dr. Rudolf Reinhard an der Realschule in Waldkirch, August Rettig an Realschule mit Realschule in Weinheim, Rina Schmelder an der Höheren Mädchenschule III in Mannheim, Adolf Schmidt an der Realschule in Heilbrunn, Ludwig Schmitt am Realschule in Eppingen, Dr. Rudolf Wetten an der Realschule in Lorrach.

Ministerialoberrechnungsrat Wilhelm Glutsch zum Rechnungsdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Ministerialrechnungsrat Josef Schmidt zum Ministerialoberrechnungsrat im genannten Ministerium, den Finanzinspektoren Karl Schmitt bei der Pfalz, Kath. Kirchen-schaffnei in Heidelberg, Anton Weber bei der Allg. Kath. Kirchenfeuerkasse in Karlsruhe und Julius Willard bei der Kath. Stiftungsverwaltung Freiburg zu Finanzinspektoren, Finanzinspektoren Karl Lienhard beim Kath. Oberstiftungsrat zum Finanzinspektor, Finanzinspektor Georg Enzenroß bei der Zentralschulfondsverwaltung Karlsruhe zum Finanzinspektor dafelbst.

**Verfetzt in Meider Eigenhaft:**

Die Professoren Otto Brandel am Realschule in Eppingen, Erwin Ehren am Realschule in Waldshut an die Elisabethschule in Mannheim, Erwin Holzer an der Realschule in Bretten an die Höhere Mädchenschule III in Mannheim, Oswald Jungkamp an der Realschule in Lorrach an die Oberrealschule in Mannheim, Hans Kapprell an der Realschule in Eppingen an die Realschule in Bretten, Lazarus Mai an der Realschule in Emmendingen an das Realschule in Waldshut, Georg Mathes an der Realschule in Oberkirch an die Höhere Mädchenschule im Mädchenrealschule in Heidelberg, Dr. Hans Pfeiffer an der Realschule in Heilbrunn an die Realschule in Emmendingen, Robert Poff an der Bismarckschule in Mannheim an die Realschule in Mannheim-Heidenheim, Dr. Hans Specht an der Realschule in Waldkirch an die Realschule in Heilbrunn, Rudolf Strasser am Gymnasium in Lahr an das Friedrichsgymnasium in Freiburg, Dr. Franz Barthmann an der Realschule in Heilbrunn an das Gymnasium in Lahr.

**Zurückgesetzt auf Ansuchen:**

Professor Karl Vieber an der Oberrealschule in Baden-Baden bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

**Ministerium der Finanzen**

**Domänenabteilung**

**Ernannt:**  
Arbeiter, Adolf, Oberbeizer beim Staatl. Fernheizwerk hier zum Obermaschinisten dafelbst.

**Wasser- und Straßenbaudirektion**

**Planmäßig angestellt:**

Geometer Albert Mors beim Obergemeister Rubin in Tauberbischofsheim, Zeichengehilfe Rudolf Beer bei der Wasser- und Straßenbaudirektion unter Ernennung zum Zeichenauffichten, Straßenwärter Karl Köber in Oberelbach.

**Ernannt:**

Oberzeichner Karl Haas zum Kartographen, Verwaltungsssekretär August Maier zum Verwaltungsobersekretär, Vermessungsauffichten Josef Krämer zum Vermessungsssekretär, Zeichner Albin Wöhrer zum Oberzeichner, sämtliche bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

**Verfetzt:**

Bauat Heinrich Wittmann beim Rheinbauamt Freiburg zur Wasser- und Straßenbaudirektion, Dammeister Emil Köpfer von Gressen nach Altluhheim, Verwaltungsauffichten August Schner beim Bauamt für das Bergwerk in Frosbach zum Wasser- und Straßenbauamt Waldshut, die Vermessungsauffichten Hermann Amund zum Vermessungsauffichten Einheim und Theodor Zuber beim Vermessungsauffichten zur Wasser- und Straßenbaudirektion.

**In den Ruhestand getreten infolge Erreichung der Altersgrenze:**

Kartograph Heinrich Thomas bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

**Entlassen:**

Lithograph Karl Korrmann bei der Wasser- und Straßenbaudirektion auf Ansuchen.

**Wiener Operette im städtischen Konzerthaus**  
Morgen Mittwoch, 5. August, abends 7 1/2 Uhr  
Das Altwiener Singspiel  
**Das Dreimäderlhaus**  
von Franz Schubert-Berté  
Billets von M. 1.50-5.30 bei F. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnert, Kaiserallee, Holzschuh, Werderstraße 48, und an der Tageskasse. 5.599  
Donnerstag: Zum ersten Male: Die Frühlingsfee

**Fels = Pilsener** ist  
deutsches Erzeugnis  
E.561

henschötter 55/45 mm Korngröße, 80 cbm Steingruß 0/10 mm Korngröße, 80 cbm Steingruß 0/4 mm Korngröße. Verdingungsfrist auf unserer Kanäle, Wilhelmstraße 19, zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsordrude gegen Erstattung der Selbstkosten im Betrage von M. 0.60. Angebote mit der Aufschrift „Schotterlieferung“ verschlossen und postfrei bis spätestens 15. August, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist eine Woche. Freiburg, den 3. August 1925. Bahnaninspektion. 3.402

**General-Vertretung**  
unseres vornehmen, sehr hohen Verdienst abwerbenden  
Spezialfeuerlöschapparates  
D.R.G.M. und D.R.P.A.  
welcher von der Industrie, Behörden, Gewerbetreibenden, sowie Automobil- und Garagebesitzern gekauft wird, für  
**Karlsruhe**  
(Stadt- und Landkreis)  
zu vergeben. Organisationsfähige Firmen oder Herren, welche möglichst über Büro u. Telefon verfügen, sowie bis zu Mk. 1000.— als Kaution für ein größeres einzureichendes Auslieferungslager stellen können, wollen unter Darlegung der Verhältnisse ihre Bewerbung einreichen.  
**Petermann & Co., K.-G.**  
„Peconi“ Feuerlöschapparate-Fabrik  
Köln, Landsbergstr. 2

In neuer Auflage erscheint demnächst im Selbstverlag des Verfassers:  
**Das bad. Gebäudesondersteuergesetz**  
in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juli 1925 nebst Vollzugsverordnung und Berechnungstabellen.  
E. Kramer, Ratsschreiber, Wiesloch.

**Detektiv** - Institut  
u. Privat-  
Rusk unkte  
„Mannheim“  
O. G. 6.  
Planen 2.47  
Fernspr. 3303  
A. Maler & Co., G.m.b.H.

**Verchiedene**  
Bekanntmachungen  
Vergebung der Veräußerung des Sellenbach-Badstüben im Bahnhof Waldshut: Abbruch 130 cbm Erd- und Fundamentaushub 590 cbm, Fundamentbeton 510 cbm, Gewölbebeton 140 cbm, Zementglattstrich 400 qm und Eohlenpflaster 175 qm. Bedingnishefte und Arbeitsbeschriebe liegen auf meinem Dienstzimmer zur Einsicht auf. Angebotsformulare gegen Erstattungslofen von M. 0.60 erhältlich. Angebote sind mit entsprechenden der Aufschrift verschlossen, postfrei, bis längstens Samstag, den 15. August 1925, vormittags 11 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. Waldshut, den 31. Juli 1925. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Vorstand der Bahnaninspektion.  
Strafenschotterlieferung für die Instandsetzung der Zufahrtsstraße im Güterbahnhof in Freiburg zu vergeben: 700 cbm Stra-

**Carl August Nieten & Co.**  
liefern alle Sorten  
Ruhrkohlen, Nuß- und Anthracitkohlen  
Koks für Zentralheizungen u. Hausbrand  
Grudekoks, Holzkohlen  
Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts  
Brennholz  
Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 3a  
Fernsprecher 5164  
Stadtbüro: Kaiserstraße 148,  
Fernsprecher 5506  
E.283

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streilige Gerichtsbarkeit.  
3.400. Mastadt. Aber das Vermögen der Firma Union-Werke, Fabrikation von Metallwaren und Werkzeugen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mastadt wurde heute vormittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Jitsch in Mastadt. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 29. August 1925 vormittags 9 Uhr. Offener Arrest, Anmelde- und Angebotsfrist bis 20. August 1925.  
Mastadt, 1. August 1925.  
Verichtsschreiber des Amtsgerichts Mastadt.

Glaisunterhaltungsarbeiten in 2 Losen öffentlich zu vergeben: Los 1: Mandenbahn zwischen Singen und Niedheim 7000 m verschiedene Unterhaltungsarbeiten, Los 2: Bodenfeegürtelbahn zwischen Eppingen und Ruppert 3 Teilstrecken von zusammen 3865 m verschiedene Unterhaltungsarbeiten und 85 m Bettungsenerneuerung. Bedingnishefte liegt hier im Zimmer Nr. 15 und bei den Bahnmessereien Singen und Ablingen auf. Abgabe von Angebotsordruden nach auswärts nur gegen Voreinbarung von 1 M. je Los. Angebote mit der Aufschrift „Glaisunterhaltungsarbeiten Mandenbahn bezw. Bodenfeegürtelbahn“, verschlossen, postfrei, bis längstens 10. August, vormittags 10 Uhr, an unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage. Konstanz, den 27. Juli 1925. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Vorstand der Bahnaninspektion.